



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Monika Heinold

und

Antwort

**der Landesregierung –
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren**

Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 - 2010

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Der Bundesrat hat am 29. April 2005 den „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“ der Bundesregierung abschließend beraten und einen, den Empfehlungen der Fachausschüssen (BR-Drucksache 133 / 1 / 05) folgenden Beschluss, gefällt (BR-Drucksache 133 / 05).

1. Ist es zutreffend, dass Schleswig-Holstein bezüglich der oben genannten Befassung des Bundesrates zum „Nationalen Aktionsplan kindergerechtes Deutschland“, den Ausschussempfehlungen in den Punkten 1) und 2) zugestimmt, den Punkt 4) abgelehnt und sich in den Punkten 3) und 5) enthalten hat? Wenn nicht, wie war das Abstimmungsverhalten im Einzelnen?

Antwort zu Frage 1:

Schleswig-Holstein hat den Ausschussempfehlungen (BR-Drucksache 133/1/05) zu den Punkten 1, 2 und 4 zugestimmt. Bei den Punkten 3 und 5 hat Schleswig-Holstein sich enthalten.

2. Unter Punkt 4) der Ausschussempfehlung (BR-Drucks. 133 / 1 / 05) wurde angemerkt, dass die besonderen Belange von Kindern mit Migrationshintergrund (insbesondere Sprachförderung und Integration) nicht ausreichend berücksichtig-

sichtigt worden seien und diese Themen in Zukunft verstärkt in den Blick genommen werden müssen. Aus welchen Gründen hat Schleswig-Holstein diesen Beschlusspunkt abgelehnt?

Antwort zu Frage 2:

Schleswig-Holstein hat Punkt 4 der Ausschussempfehlung (BR-Drucksache 133/1/05) nicht abgelehnt. (s. Antwort zu Frage 1)

3. Unter Punkt 3) der Ausschussempfehlung wurde vor dem Hintergrund der „Armutsbereitschaft“ auf den Zusammenhang von Einkommensarmut, sozialer Armut / Isolation und der Notwendigkeit von Familienförderung abgehoben. Unter anderem werden Notwendigkeiten von gesetzlichen Änderungen konstatiert. Aus welchen Gründen hat sich Schleswig-Holstein in diesem Beschlusspunkt enthalten?

Antwort zu Frage 3:

Schleswig-Holstein hat sich zu Punkt 3 der Ausschussempfehlung enthalten, weil die dort formulierte pauschale Kritik an der Bundesregierung nicht geteilt wird.

4. Unter Punkt 5) der Ausschussempfehlung wird der zentralen Funktion der (früh)kindlichen Bildung für die Gleichheit von Lebenschancen eingegangen und ein Schwerpunkt auf die Regelungszuständigkeit der Länder gelegt. Aus welchen Gründen hat sich Schleswig-Holstein in diesem Beschlusspunkt enthalten?

Antwort zu Frage 4:

Schleswig-Holstein hat sich zu Punkt 5 der Ausschussempfehlung enthalten, weil die formalen Ausführungen zur Bildungshoheit der Länder wenig geeignet sind, um das Ziel „Chancengleichheit durch Bildung“ inhaltlich voranzubringen.

5. Aus Seite zwei der Beschlussvorlage (BR. Drucks. 133 / 05) wird konstatiert, dass „ . . . 2004 die Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen wieder erheblich zurück gegangen (. . .) ist. Auf welcher Datengrundlage basiert diese Aussage und wie stellt sich die statistische Entwicklung für Schleswig-Holstein bzw. bundesweit für die letzten 10 Jahre dar?

Antwort zu Frage 5:

Datengrundlage für die Aussage ist eine von Hamburg durchgeführte Telefonumfrage bei einem Großteil der Bundesländer.

Für Schleswig-Holstein stellt sich die Statistische Entwicklung wie folgt dar:

Jahr	4.-6. Lebens- woche	3.-4. Lebens- monat	6.-7. Lebens- monat	10.-12. Lebens- monat	21.-24. Lebens- monat	43.-48. Lebens- monat	60.-64. Lebens- monat	13.-14. Lebens- jahr
1996	24.403	23.794	23.252	23.239	22.487	21.378	20.181	0
1997	25.112	25.275	25.059	24.327	22.551	21.514	20.037	0
1998	23.824	23.676	23.933	24.628	23.909	21.135	20.849	1.661
1999	23.633	23.784	23.635	23.676	24.047	21.240	20.368	7.787
2000	23.022	22.942	22.885	23.283	22.654	21.980	19.715	6.301
2001	21.898	22.140	22.332	22.736	22.706	22.220	20.390	6.288
2002	20.962	20.872	21.019	21.491	22.187	21.205	22.017	7.191
2003	20.433	20.431	20.461	20.890	21.278	21.198	20.796	8.353
2004	20.493	20.623	20.425	20.492	20.539	20.910	20.712	8.940

Die angegebene Statistik basiert auf den Abrechnungsdaten der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein.

Die oben angegebenen Daten sind im Verhältnis zur Geburtenrate zu sehen.

Jahr	Anzahl der Lebendgeborenen
1996	28.766
1997	29.080
1998	27.729
1999	27.351
2000	26.920
2001	25.681
2002	24.915
2003	24.215
2004	24.090

Für das Bundesgebiet liegt derzeit kein Datenmaterial vor. Entsprechende Daten müssten durch eine Länderabfrage erhoben werden. Eine solche Abfrage ist aber aufgrund der kurzfristigen Terminsetzung nicht möglich.

- 6.) Welchen grundsätzlichen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung und welche konkreten Maßnahmen wird sie auf Bundes- bzw. Landesebene ergreifen?

Antwort zu Frage 6:

Zu den wichtigsten Regierungsvorhaben der Landesregierung für die 16. Wahlperiode gehört die Entwicklung und die Umsetzung eines „Kinder- und Jugend-Aktionsplans Schleswig-Holstein“. Die Landesregierung wird gemeinsam mit Verbänden, Organisationen und Initiativen zentrale Zukunftsthemen der jungen Generation aufgreifen.

Die Auftaktveranstaltung zur Entwicklung eines „Kinder- und Jugend-Aktionsplans Schleswig-Holstein“ fand am 29.06.05 statt.